

Rieserer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerei
Tagesblatt Rieser,
Herrn Nr. 30,
Postfach Nr. 32.

Das Rieserer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft
Groschenhain, des Amtsgerichts und der Amtsverwaltung beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser,
des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißner behördlich bestimmes Blatt.

Postfach
Rieser 1590,
Stroßasse
Rieser Nr. 53

Nr. 188.

Mittwoch, 14. August 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Rieserer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 1 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr normiert auszulegen und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Belle (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 59 mm breite Reflametalle 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Lätze, Bemittelter Rabatt erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtstellige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftskasse: Gortelstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

Das Problem der Arbeitslosigkeit.

Die Minister Severing und Bissell sind plötzlich nach dem Haag gereist. Es besteht schon jetzt keine Zweifel darüber, daß wir durch das Problem der Arbeitslosenversicherung und ihrer Form gleich nach Beginn der Reichs-Verhandlungen in eine neue politische Krise hineingeraten werden. Daher diese Reise! Auch der Gedanke an eine etwa nötige Reichstagsauflösung wird schon an vielen Stellen ungesund ausgeprochen. Muß das wirklich so sein? Muß denn die deutsche Volkswirtschaft dauernd von Krise zu Krise stolpern? Gibt es keine Möglichkeit, daß endlich einmal eine Regierung den festen Boden einer dauernden und starken Mehrheit unter die Füße bekommt? Was in anderen Ländern geht, sollte doch auch in Deutschland gehen, denn schließlich haben andere Länder durchaus dieselben Probleme zu bewältigen. Die außergewöhnlich hohe Zahl der Arbeitslosen hat die Mittel der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung erschöpft. Es ist schon richtig, daß es nicht mehr einfach so weitergehen kann, wie bisher, weil sonst für irgend eine unvorhergesehene Situation, aber auch schon für die Fortführung der Arbeitslosenversicherung im bisherigen Umfang, die Gelder nicht mehr da sein würden. Um eine gesunde Wirtschaft bei der Reichsanstalt zu erzielen, muß wieder für eine angemessene Rücklage gesorgt werden. Man rechnet, daß im Jahre etwa 30 Millionen Mark zusätzlich einmischen einbezahlt werden können. Aber wo sollen diese 30 Millionen Mark herkommen? Das Reich gibt sie nicht und kann sie nicht geben. Der Reichsfinanzminister stellt sich auf den Standpunkt, daß die Arbeitslosenversicherung ebenso wie jede andere Versicherung ihre Mittel aus den Beiträgen der Versicherten zu beschaffen hat. Und es werden doch auch in der Tat riesige Summen durch die Zwangsbeiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgebracht. Es wäre ein schlechtes Zeichen für die Verwaltung der Reichsanstalt, wenn sie, geübt durch die staatlich festgelegte allgemeine Versicherung zur Versicherung, trotzdem nicht leisten könnte, was andere Versicherungsanstalten ohne solche staatliche Unterstützung fertigbringen.

Nun könnte die Sanierung so erfolgen, daß etwa die Beiträge der Versicherten entsprechend erhöht oder die Leistungen der Versicherung abgebaut werden. Mit diesen Hilfsmitteln wird im Notfall jede private Versicherungs-gesellschaft arbeiten. Sie schüttet mehr oder weniger Dividende aus, sie legt die Jahresprämien höher oder niedriger an, je nach ihrer wirtschaftlichen Situation. Dazu könnte noch eine Reform der Verwaltung im Sinne der Vereinfachung und Kostenersparnis kommen. Dem letzten Hilfsmittel stehen allerdings bei staatlichen Einrichtungen größere Hindernisse entgegen als bei privaten. Die letzteren können rücksichtslos gegen ihre Beamten vorgehen, mehr Arbeit verlangen, rascher abbauen und dergl. Der Staat ist politisch und moralisch gebunden; gegen Beitragserhöhung und Leistungsbau wehren sich aber verzweifelt Arbeitgeber und Gewerkschaften. Letztere stehen hinter dem Arbeitsminister, der keine Reformvorlage machen darf, die den Wünschen der Gewerkschaften nicht entspricht, sonst wäre es mit dem Vertrauen aus, das er bisher genossen hat. Der sozialdemokratische Reichsfinanzminister hat dieses Vertrauen schon in erheblichem Maße verloren. So wird man nun entweder das Schaupiel erleben, daß bei einer Spaltung des Reichskabinetts, auf welche die Reise nach dem Haag schließen läßt, der eine Sozialdemokrat die eine, der andere die andere Hälfte des Kabinetts führt. Oder aber, die Partei zwingt alle ihre Minister aus der Regierung auszuscheiden. Ein unerfreuliches Bild im einen wie im anderen Falle! Aber schon werden solche Möglichkeiten wie eine Schicksalsnotwendigkeit hingenommen. Die 300 Millionen Mark müssen beschafft werden und wenn das Reich sie nicht gibt, dann ist der Staat da.

Aber warum gerade 300 Millionen? Und warum Abbau der Leistungen? Nun, weil man mit der regelmäßigen Zahl von mehr als einer Million Arbeitsloser Jahr für Jahr rechnet. Man nimmt diese Zahl einfach als Schicksalsnotwendigkeit hin. Und dabei steht doch hier gerade der Kern des Problems. Das ist ja eben das Schlimme, daß die Arbeitslosigkeit nach dem Krieg so lurchbar zugenommen hat, trotz aller der Aufgaben, vor die uns gerade der Wiederaufbau stellt; trotz aller Sachleistungen, die wir an das Ausland zu leisten haben. Sticht nicht da irgend ein Widerspruch? Hat nicht einmal Rathenau, der großartige Dramatiker, schon vorausgesagt, daß darauf alles ankommen werde, die notwendigen Arbeitsleistungen planmäßig zu organisieren? Und wie ist die englische Arbeiterregierung an das Problem herangegangen? Was sie zuerst beschloß, war ein großzügiger Arbeitsplan, um die Zahl der Arbeitslosen zu verringern. Stank diese Zahl, so sind automatisch die Aufgaben des Staates für die Unterhaltung; dann sammeln sich automatisch die nötigen Reserven wieder an, die durch das Aufschwollen der Arbeitslosigkeit nach allen Seiten hin nutzlos zerrennen; nutzlos vom Standpunkt der Volkswirtschaft aus, die für Milliarden-Summen feinerer Gegenleistung empfängt. Die neue englische Regierung verzögert, übrigens, mit Zustimmung der Liberalen, zum Teil auf deren Anregung hin, und auch unter schmerzlicher Zustimmung der Konservativen, Milliarden-Aufträge an öffentlichen Arbeiten. Es werden Reformen beim Bau der Eisenbahnen und bei der Anlage von Straßen gerade jetzt eingeführt, um die Arbeitslosen wieder in Tätigkeit zu bringen; um diesen ungeheuren kostspieligen Verfall der Volkswirtschaftsmaschine zu befestigen. Es gibt ja keinen anderen Damm auf die sogenannte „Nationalisierung“ unserer Wirtschaft, als eben diesen Verfall durch Arbeitslosigkeit. Können wir nicht der deutsche sozialdemokratische Reichsfinanzminister einmal mit dem

Schritt in den Räumungsberechnungen.

11 Haag, 13. August. Heute nachmittag hat, wie vorhergesehen, eine etwa zweistündige Besprechung zwischen den Reichsministern Dr. Stresemann und Dr. Bissell mit deutscher Seite und Henderson, Gorman und Briand stattgefunden. Sie hatte zum Gegenstand 1. die Frage des Endtermins der Räumung, also des letzten Tages, bis zu dem noch ein Besatzungsstab im Rheinlande steht, und 2. die Erledigung der finanziellen Fragen, die mit der Räumung zusammenhängen. Dieser zweite Punkt war von der Gegenseite aufgeworfen worden. Das wichtigste Ergebnis der Aussprache dürfte der Bericht auf die ursprünglich vorgesehene Einziehung eines oder mehrerer militärischer und finanzieller Sachverständigenausschüsse zur Räumungsfrage sein, und die Zulage der Besatzungsmächte, innerhalb eines sehr kurzen Zeitraumes, also jedenfalls noch im Laufe dieser Woche, den Endtermin zu nennen, zu dem die Räumung nach ihrer Auffassung vollzogen sein soll.

Das Wesentliche dieser Uebereinkunft ist, daß man über den Punkt hinausgekommen ist, wo mit auslegungsfähigen Formulierungen wie „Räumung mit aller Beschleunigung“ oder „innerhalb der kürzestmöglichen Frist“ gearbeitet werden kann. Ob der Termin selbst, der datumsmäßig genannt werden soll, und zwar namentlich von Seiten Frankreichs, da die englischen Absichten in dieser Beziehung bereits bekannt sind und die belgischen guten Vernehmen nach nicht sehr weit davon abweichen, betriedigt ist, steht jedoch vorläufig noch nicht fest. Ebenso ist nachdrücklich darauf zu legen, daß der französische Standpunkt, die die Abhängigkeit einer Regelung der Räumungsfrage von derjenigen der Annahme des Young-Planes abhängig zu machen, durchaus unverändert besteht. Immerhin ist einwirkend der Vorteil erreicht, daß diese Angelegenheit der Verflechtung und Erörterung durch Kommissionen entzogen wird.

Die mit der Rheinandrängung zusammenhängende finanzielle Frage hat eine deutsche Seite und eine solche der Alliierten. Auf deutscher Seite stehen die bekannten, zu einer beträchtlichen Summe angeliehenen Zahlungen, und Entschädigungsleistungen aus Leistungen für die Besatzungstruppen, die zum Teil noch von der Räumung der ersten Zone betreffen. Es scheint, daß man den deutschen Vertretern nahelegen wird, für diese Ansprüche eine entgegenkommende Geste zu machen. Doch hat sich die deutsche Delegation mit dieser Frage und dem Gedanken einer etwaigen Abgeltung der Einzelforderungen, wie vor allem der Forderung einer Pauschalsumme, noch nicht befaßt.

Weitere Meldungen über die Räumungsfrage.

11 London. Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph schreibt, die britische Regierung sei entschlossen, die britischen Besatzungstruppen vor Ende des Jahres aus dem Rheinland zurückzuführen.

Nach dem Haager Sonderkorrespondenten des Daily Herald soll die Räumung des Rheinlandes in drei Etappen vollzogen werden:

1. Die Zurückziehung der englischen Truppen wird ungefähr am 15. September beginnen und auf jeden Fall vor Weihnachten beendet sein.
2. Die Franzosen und die Belgier werden die Räumung der zweiten Zone Anfang Oktober beginnen und Ende Dezember oder Anfang Januar beendet haben.
3. Die Franzosen werden die Räumung der dritten und letzten Zone Ende des Jahres beginnen und bis Ende Februar die Räumung des Rheinlandes durchgeführt sein.

Vertinay meldet dem Daily Telegraph aus dem Haag: Briand wird am nächsten Freitag der Politischen Kommission konkrete Vorschläge für die Räumung der Koblenzer Zone machen, die in schnellstem Tempo durchgeführt werden würde und ebenso für die Räumung der Mainzer Zone, die sich aber über eine längere Periode ausdehnen soll.

Briand erklärte immer wieder, jede von der Politischen Kommission erreichte Entscheidung müsse von der Annahme und der Inkraftsetzung des Young-Planes abhängen.

Die englische Auffassung zur Räumungsfrage.

11 Paris. Havas veröffentlicht folgende Nachricht aus London: Eine Morgenzeitung hatte angekündigt, daß die englische Regierung, gleichviel welches der Ausgange der Haager Konferenz sein werde, entschlossen sei, die englischen Besatzungstruppen spätestens Ende dieses Jahres zurückzuführen. In englischen Kreisen, die im allgemeinen gut unterrichtet sind, gehe man nicht so weit, zu erklären, daß die Räumung durch die englischen Truppen selbst in dem Falle vorgenommen werden würde, daß im Haag eine Einigung zwischen den Delegationen von Frankreich, England und Belgien nicht zustandekommen würde. Man wolle in der Tat die Möglichkeit, daß sich die Räumung über die Räumungsfrage nicht verständigen, ebensowenig ins Auge fassen, wie etwa im Voraus ein Scheitern der Erörterung über den Young-Plan. Man halte an der Uebereinkunft fest, daß eine grundsätzliche Verständigung über die Räumungsfrage erzielt werden würde und daß die Räumung Ende dieses Jahres, wenn nicht früher, zum Ende geführt werden könne. Aus Eindrücken, die man bei zuständigen Londoner Kreisen

sozialdemokratischen Reichsarbeitminister zusammensetzen und nach dem Beispiel der englischen Kollegen und Parteigenossen ein Programm ausarbeiten, das der Arbeitslosigkeit

erhalte, ergebe sich folgender englischer Standpunkt: Da die Entschlossenheit der britischen Regierung, ihre Truppen zu einem nahen Zeitpunkt zurückzuführen, eine feststehende Tatsache gemessen sei, so müsse man diesen Entschluß des Foreign Office als für alle Fälle gefast ansehen.

Die erste Sitzung des Jurikentomites.

11 Haag. Das Jurikentomitee hielt gestern nachmittag seine erste Sitzung ab, wobei es in etwa zweistündigen Erörterungen die Rechtsgrundlage der durch die Forderung nach einem Freistellungsgesetz und Vergleichsausgleich aufgeworfenen Frage prüfte, also Völkerbundsstatut, Locarno-Pakt, Haager Statut usw. Es wurde dabei noch kein Vorschlag für die etwaige Schaffung eines neuen Organes gemacht und die Fortsetzung der Debatte auf übermorgen beschlossen.

Französische Blätterstimmen zur Verteilungsfrage.

11 Paris. Der Sonderberichterstatter der Liberté im Haag wendet sich gegen die Nachricht, daß Frankreich etwa geneigt sein könnte, zur Befriedigung der englischen Forderung auf Zahlungen zu verzichten, die der Young-Plan ihm ausgebilligt habe. Er schreibt: Daß die französische, die italienische und die belgische Delegation die Möglichkeit geprüft haben, Snowden einen moralischen Vorteil zu gewähren, der ihm einen ehrenvollen Rückzug gestatten würde, ist unbestreitbar; daß man eine Formel sucht, die der englischen Öffentlichkeit Genugtuung geben könnte, ohne den Anteil Frankreichs, Italiens und Belgiens zu schmälern, ist wahr-scheinlich. Aber daß Briand einen Augenblick daran denken konnte, die offen von Chéron, Pirelli und Anjard als unantastbar verkündete Theorie preiszugeben, ist unvorstellbar. — Temps sucht in seinem heutigen Vortitel ebenfalls entgegen den Nachrichten der heutigen Morgenpresse für eine andere Auffassung zu plädieren. Man müsse, so erklärt er, mit ausdrücklichem Vorbehalt gewisse Presseberichte aufnehmen, die behaupten, daß Frankreich gewissenmaßen ein großes Opfer in den Zahlungen zu bringen, die ihm von dem ungeschützten Teil zukommen. Jeder direkte oder indirekte Versuch, auf dieser Grundlage eine Verhandlung anzubahnen, deren Kosten Frankreich tragen müsse, könne nicht ernsthaft ins Auge gefaßt werden.

Gintreffen belgischer Offiziere im Haag.

11 Paris. Der Sonderberichterstatter des Intransigeant im Haag meldet die Ankunft zweier höherer belgischer Offiziere, darunter des stellvertretenden Vorkommanden des belgischen Generalstabes, die als Sachverständige in der technischen Kommission für die Rheinandrängung wirken sollen. Der Berichterstatter meldet auch die Ankunft des amerikanischen Bankiers Lamont im Haag.

Die heutige Sitzung des Finanzausschusses im Haag.

11 Haag. (Zusatzdruck.) Die heutige Sitzung des Finanzausschusses dauerte etwa 2 Stunden und brachte vor allem die angekündigten ausführlichen Darlegungen Louchères, die eine Reihe zahlenmäßiger Einwände gegen die englischen Beschlüsse in der Sachlieferungsfrage enthielten. Das Hauptergebnis der Aussprache war, daß Sonnabend die verschiedenen geplanten Unterausschüsse zu den Finanz- und Wirtschaftsfragen und die Organisationskomitees, die nach dem Youngplan für die verpfändeten Einnahmen, für die Frage der Reichsbahn und diejenige der Reichsanstalt vorgeschlagen sind, eingesetzt werden sollen. Das Organisationskomitee für die internationale Bank bleibt zunächst noch offen. Jedenfalls ist aber dieses Ergebnis insofern von Wichtigkeit, als damit der Widerstand Snowdens gegen die Verwirklichung des Young-Planes in seinen Einzelheiten vor Erreichung einer Verständigung über die 3 bekannten englischen Einwände ausgegeben ist. Der Finanzausschuss selbst hat sich also bis Sonnabend verlagert. Das bedeutet nach dem vorhergesagten nicht etwa eine Unterbrechung, sondern eine Aufteilung der Arbeit zur Verwirklichung der erwähnten nächsten Ziele. Inzwischen finden in verschiedenen Gremien Einzelbesprechungen dieser Fragen statt und zugleich werden die Erörterungen fortgesetzt, die schon gestern mit Besprechungen zwischen Hilderling und Louchère und Gurrins, Hilderling und Snowden in Haag gekommen sind. Der Gesamtindruck ist der, daß man sich um Annäherung in den bisher kritischen Finanz- und Wirtschaftsfragen bemüht, für die von französischer und von englischer Seite offenbar ein größeres Maß von Entgegenkommen geäußert scheint.

Keine Auflösung der Haager Konferenz in Aussicht.

11 Haag. Meldungen, die in der heutigen Presse veröffentlicht sind, wonach auf englischer Seite die Absicht geäußert worden sei, Ende dieser Woche die Ankeren in Kommissionen aufzulösen, während die verantwortlichen Minister nach Hause reisen, werden von maßgebender Stelle auf Anfrage als ganz unbegründet bezeichnet.

fest an sich energisch zu Weide ginge? Das wäre diejenige Lösung, die auch der heutigen Regierung die Erlösung aus der ewigen Krise bringen würde.